

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 37 (2010)
Heft: 2

Artikel: Abstimmung : klares Nein zu tieferen Renten
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Klares Nein zu tieferen Renten

Drei von vier Stimmenden haben eine Rentensenkung in der beruflichen Vorsorge abgelehnt. Ebenso chancenlos war die Einführung von Tieranwältinnen. Deutlich angenommen wurde hingegen ein Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen. Die Stimmbeteiligung betrug 45 Prozent. Von René Lenzin

Berufliche Vorsorge

Änderung des Umwandlungssatzes

Der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit des Parlaments haben am 7. März einen argen Nasenstüber eingefangen: 72,7 Prozent der Stimmenden haben eine Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge abgelehnt. Mit diesem Satz wird das bei der Pensionierung angesparte Kapital in die Jahresrente umgerechnet. Heute beträgt er sieben Prozent, das heisst pro 100 000 Franken Kapital resultiert eine jährliche Rente von 7000 Franken. Derzeit läuft bereits eine Senkung des Satzes auf 6,8 Prozent. Der Bundesrat wollte ihn auf 6,4 Prozent senken, um der höheren Lebenserwartung und den tieferen Kapitalerträgen Rechnung zu tragen. Linke und Gewerkschaften haben dagegen das Referendum ergriffen und konnten nun fast drei von vier Stimmenden davon überzeugen, dass diese Massnahme vorläufig nicht nötig sei. Die Vorlage wurde in allen Kantonen verworfen, am deutlichsten in der West- und Süd-schweiz (siehe Karte).

Grundlage für die Forschung am Menschen

Bei den andern beiden Abstimmungsvorlagen folgte die Mehrheit hingegen der Landesregierung. 77,2 Prozent der Stimmenden und alle Kantone befürworteten einen Verfassungsartikel, der die Forschung am Menschen regelt. Mit dem Artikel will der Gesetzgeber einerseits die menschliche Würde und Persönlichkeit schützen und andererseits die Forschungsfreiheit gewähren. Die Verfassungsbestimmung muss nun in einem Humanforschungsgesetz konkretisiert werden. Ob die Einigkeit dazumal ebenso gross sein wird, muss sich zeigen.

Nichts wissen will das Volk von der obligatorischen Einführung von kantonalen Tieranwältinnen. 70,5 Prozent der Stimmenden und alle Kantone lehnten eine diesbezügliche Volksinitiative des Schweizer Tierschutzes ab. Damit bleibt es beim geltenden Gesetz, das den Kantonen erlaubt, Tieranwälte freiwillig einzuführen. Diese stehen geschädigten Tieren in Strafverfahren von Amtes wegen bei.

Kommentar

Reformstau im Sozialbereich

Das schweizerische Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge gilt als Erfolgsmodell. Die erste Säule – die AHV – hat eine ausgeprägte Umverteilungswirkung und deckt den Grundbedarf. In der zweiten Säule – der beruflichen Vorsorge – äufnen alle Versicherten jenes eigene Kapital, das ihnen im Ruhestand den gewohnten Lebensstandard sichert. Mit der dritten Säule – dem freiwilligen, steuerbegünstigten Sparen – lässt sich schliesslich ein Extrapolster fürs Alter anlegen. Das Zwangssparen in der beruflichen Vorsorge hat zwar volkswirtschaftlich teilweise negative Effekte. Indem es aber bereits heute einen Teil der Renten von morgen sichert, macht es die Altersvorsorge eben auch solider als in vielen andern Ländern.

Doch nun tut sich die Schweiz schwer damit, dieses Erfolgsmodell an die gesellschaftliche Entwicklung anzupassen. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und der sinkenden Geburtenrate ist absehbar, dass die Renten sowohl der AHV als auch der beruflichen Vorsorge über kurz oder lang mit den heutigen Beiträgen nicht mehr zu finanzieren sind. Theoretisch ist längst klar, wie darauf zu reagieren ist: Mit höheren Beiträgen, tieferen Renten, höherem Rentenalter oder einem Mix aus allem. In der Praxis hat es die Politik allerdings noch nicht geschafft, eine mehrheitsfähige Reform zu präsentieren.

Gescheitert sind insbesondere Versuche, Korrekturen einseitig auf der Leistungsseite anzubringen. 2004 hat eine deutliche Mehrheit des Volks die 11. Revision der AHV abgelehnt, die primär Leistungen abbauen wollte. Und in der Abstimmung vom 7. März hat eine Rentensenkung in der beruflichen Vorsorge eine noch deutlichere Abfuhr erlitten. Diese Resultate zeigen: Die Bevölkerung will die Sozialwerke nicht allein mit Leistungsabbau reformieren. Allerdings auch nicht ausschliesslich mit Leistungsausbau. 2004 hat das Volk eine Mehrwertsteuererhöhung für die AHV noch klarer abgelehnt als den Abbau bei den Leistungen. Und im November 2008 verwarf es auch eine grosszügige Frühpensionsregelung deutlich.

Eine mehrheitsfähige Lösung lässt sich nur mit einem Mix aus Leistungskorrekturen und Mehreinnahmen finden. Noch lässt der Zustand von AHV und beruflicher Vorsorge der Politik Zeit, eine solche Lösung zu finden. Allerdings nicht allzu viel.

RENÉ LENZIN

